

## Polen und Deutsche in Europa

DISKUSSION MIT DR. ANGELIKA SCHWALL-DÜREN (SPD) UND DR. ANDREAS SCHOCKENHOFF (CDU)

**Ich freu mich sehr, sie – sehr verehrte Damen und Herren – hier so zahlreich im Namen der Konrad-Adenauer-Stiftung zu einer Diskussion begrüßen zu können, die – jedenfalls auf deutscher Seite – ganz im Zeichen der großen Koalition von CDU/CSU und SPD steht.**

Sehr herzlich danke ich der Friedrich-Ebert-Stiftung und ihrem Direktor Peter Hengstenberg für die – wie immer – gute Zusammenarbeit bei der gemeinsamen Vorbereitung dieser Veranstaltung. Ebenfalls gebührt unseren polnischen Diskussionsteilnehmern ein herzlicher Dank, dass sie sich recht kurzfristig zu dieser Debatte bereit erklärt haben in der heißen Phase des Wahlkampfes in Polen. Und natürlich gilt unserer Dank den beiden führenden Außenpolitikern von CDU/CSU, Dr. Andreas Schockenhoff, und von der SPD, Dr. Angelika Schwall Düren, die gemeinsam zu politischen Gesprächen heute nach Warschau gekommen sind.

Bitte erlauben sie mir einige Anmerkungen zum Thema des heutigen Abends, wobei ich um Verständnis bitte, dass ich nun auf Deutsch weiter sprechen werde. Wir haben offensichtlich – das habe auch die heute geführten Gespräche wieder deutlich gezeigt - Schwierigkeiten im Verhältnis von Polen und Deutschen in Europa, zumindest was die politische Ebene angeht. Drei Schlaglichter beleuchten die Situation:

1. Der frühere SPD-Vorsitzende und Ministerpräsident von Brandenburg, Matthias Platzeck, hat vergangene Woche beim Wirtschaftsforum in Krynica gesagt, er habe sich bei der EU-Erweiterung 2004 nicht vorstellen

können, dass die deutsch-polnischen Beziehungen noch einmal so tief sinken könnten.

2. Der frühere polnische Staatspräsident Aleksander Kwaśniewski klagt, die Kaczynskis hätten die politische Kultur in Polen ruiniert und die Beziehungen zu Deutschland gleich mit.

3. In der deutschen Presse gibt es in der jüngsten Zeit Schlagzeilen über das „Land der Zwillinge“ wie: „Geisterstunde in Warschau“; „Politik des Ausnahmezustandes“; „Antideutsche Angstmache in Polen“ und „Polnischer Anachronismus“ und dies nicht etwa in Boulevard-Zeitungen, sondern in seriösen Tageszeitungen. Der harte Streit beim EU-Gipfel in Brüssel im Juni hat Spuren hinterlassen. Nun möchte die polnische Regierung erneut verhandeln. Sie spricht in der polnischen Öffentlichkeit von neuen Forderungen, etwa nach Aufnahme der Ioannina-Formel in den Reformvertrag, und steigert damit die Erwartungshaltung in Polen. Gleichzeitig ist von diplomatischer Ebene zu hören, dass diese Forderungen in den Verhandlungen gar keine Rolle mehr spielen und bereits vom Tisch sind. Bahnt sich da ein neuer Konflikt an, der im Wahlkampf genutzt werden soll?

Die polnische Regierung greift in scharfer Form die deutsche Regierung und den Präsidenten des EU-Parlaments, Hans-Gert Pötering, an:

- Das polnische Außenministerium betrachtet das Dasein und die Tätigkeit der deutschen Vertriebenen-Organisationen per se als „feindlich gegenüber Polen“ und kritisiert

entsprechend die Auftritte des deutschen Bundespräsidenten, der Bundeskanzlerin und des deutschen EU-Parlamentspräsidenten bei Veranstaltungen dieser Vertriebenen-Organisationen. Der polnische Ministerpräsident Jaroslaw Kaczynski heizt in diesem Zusammenhang die Stimmung an, indem er vom „teutonischen Wahnsinn“ redet.

- Die polnische Außenministerin Anna Fotyga beklagt in der internationalen Presse, dass „Polen von Deutschland nicht als gleichwertiger Partner“ behandelt werde; Polen fühle sich durch die deutsche Politik in seiner Sicherheit bedroht und in seinem Verdacht bestätigt, dass Deutschland Polen in der EU dominieren wolle und die Geschichte neu interpretieren wolle, indem es sich selbst ebenfalls als Opfer stilisiere.
- Der Deutschlandbeauftragte der polnischen Regierung schließlich wirft Deutschland in öffentlichen Stellungnahmen vor, die Kooperation mit Polen nicht ernst zu nehmen, Polen in Europa isolieren zu wollen und eine endgültige Lösung der Probleme aus dem Zweiten Weltkrieg zu blockieren. Zudem klagt er Deutschland an, auf Kosten Polens seinen Wohlstand erworben zu haben und sich den Entschädigungsverpflichtungen entzogen zu haben.

Wie soll man derartige Angriffe interpretieren? – Sie sind offenbar mehr als bloß populistisches Wahlkampfgetöse. Es zeigt sich in diesen Äußerungen eine deutschlandpolitische Strategie der national-konservativen polnischen Regierung, die einer Antwort bedarf. Die sachlichen Probleme zwischen Polen und Deutschland sind hinreichend bekannt. Es geht dabei vor allem um drei Themenbereiche:

1. um die Gaspipeline in der Ostsee und die Beziehungen zu Russland;
2. um die weitere Entwicklung der EU und
3. um die Geschichte und Geschichtspolitik im Zusammenhang mit Fragen des Zweiten Weltkrieges, der Vertreibung und von Restitutionsansprüchen einiger weniger Vertriebener.

Hier gibt es unterschiedliche Positionen und Sichtweisen. Weil dem so ist, kommt es gerade auf die Art und Weise an, wie man mit diesen Konfliktthemen umgeht.

- Nutzt man sie zum Anheizen populistischer Stimmungen und zur Konfrontation oder ist man um eine konstruktive Klärung ernsthaft bemüht?
- Betont man den Konflikt oder klammert das jetzt nicht Lösbares und Strittige aus zugunsten gemeinsamer Interessen und gemeinsamer Politik?

Sehr geehrte Damen und Herren!

Es ist offensichtlich, dass das europäische Projekt solange hinken wird, wie es keine wirkliche Verständigung zwischen Polen und Deutschen gibt. Es ist ebenso offensichtlich, dass es solange keine Partnerschaft unter Gleichen, solange keine Partnerschaft auf gleicher Augenhöhe zwischen Deutschland und Polen geben wird, wie nicht von beiden Seiten das Bemühen um Verständnis und eine gewisse politische Rücksichtnahme im politischen Umgang miteinander gepflegt wird. Der EU-Gipfel in Brüssel hat am Ende ein gutes Ergebnis gehabt: Es wurde eine gemeinsame Vereinbarung aller 27 Staaten getroffen zur Reform der Union. Polen und Deutschland sitzen hier im gleichen Boot. Es gibt wichtige gemeinsame Herausforderungen, bei denen es auf das gute Zusammenspiel von Deutschland und Polen in Europa ankommt. Das betrifft zum Beispiel die Ostpolitik der EU, die Energiesicherheit, die Verteidigungs- und Sicherheitspolitik auch in ihrer transatlantischen Dimension und die verschiedenen Politiken in der EU.

**Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.**

**POLEN**

STEPHAN RAABE

**September 2007**

[www.kas.de/polen](http://www.kas.de/polen)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Es liegt nun nicht zuletzt an den polnischen Wählern und der kommenden polnischen Regierung, welchen Weg Polen einschlagen wird in den polnisch-deutschen Beziehungen in Europa. Angesichts der dargestellten, nicht einfachen Situation dürfen nun sehr gespannt sein auf die kommende Diskussion.